

## Zumutung?

*Kritik an pränataler Diagnostik während der Woche für das Leben*

Wohl und Wehe, Chancen und Gefahren liegen eng beieinander: Für Eltern, die aus verschiedenen Gründen mit einer Risikoschwangerschaft rechnen müssen, unter dem psychischen Druck eines vermuteten Erkrankungsrisikos ihres Kindes leiden, bedeutet die Möglichkeit einer vorgeburtlichen Diagnose eine enorme Entlastung. Zuerst natürlich, wenn sie dadurch die Gewißheit bekommen, sich auf ein gesundes Kind freuen zu können.

Bleibt Eltern diese entlastende Nachricht verwehrt, gelingt es vielleicht aber immerhin doch, sich auf ein Zusammenleben mit einem kranken, behinderten Kind einzustellen und vorzubereiten. Darüber hinaus sind mit der vorgeburtlichen Diagnostik große Hoffnungen auf pränatale Therapiemöglichkeiten verbunden, obwohl Fachleute immer wieder mahnen, daß hier noch sehr viel Neuland zu begehen sei, die Kluft zwischen Diagnostizierbarem und Therapierbarem eher wachse denn schwinde.

Die pränatale Diagnostik hat aber auch ihre Schattenseiten. Darauf verwiesen erneut deutsche Bischöfe anlässlich der 1994 schon zum vierten Mal begangenen, jedoch erstmals von evangelischer und katholischer Kirche gemeinsam getragenen „Woche für das Leben“. Sie stand in diesem Jahr unter dem Motto „unBehindert miteinander leben“ und hatte zum Ziel, auf die verschiedenen Sorgen und Interessen von Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen.

Bereits in ihrer gemeinsamen Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ von 1989 (vgl. HK, Januar 1990, 10ff.) hatten EKD und Deutsche Bischofskonferenz vor einem fatalen „Automatismus“ gewarnt: Vorgeburt-

lich diagnostizierte Behinderung oder Krankheitsrisiken könnten quasi automatisch die Erwägung einer Abtreibung nach sich ziehen. Werde überdies ein behindertes Kind mehr und mehr als (unzumutbare) Zumutung für die Eltern empfunden, könne dies nicht ohne Konsequenz für das Verhältnis der Gesellschaft insgesamt zu den in ihr lebenden Behinderten bleiben.

Erneut warnte nun der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, anlässlich der Eröffnung der „Woche für das Leben“ am 6. Mai: Durch die „embryopathische Indikation“, die eine Abtreibung straffrei zulasse, sei behindertes Leben weniger geschützt als unbehindertes. Vor allem aber bestehe die Gefahr, daß Eltern und Ärzte zunehmend unter den gesellschaftlichen Druck gerieten, von den pränatalen Diagnosemöglichkeiten Gebrauch zu machen und bei Gefährdung des Kindes die Schwangerschaft abubrechen.

Unter solchen Vorzeichen haben Behinderte und Interessenverbände mehrfach auf die Zumutung hingewiesen, die von pränataler Diagnostik und selektiver Abtreibung für sie ausgehe: die Zumutung, mit dem Bewußtsein leben zu müssen, „auch du hättest abgetrieben werden können“, die Zumutung, mit seiner ganzen Existenz unter Rechtfertigungszwang zu geraten.

Wird angesichts der Ambivalenz vorgeburtlicher Diagnosemöglichkeiten die Diskussion auf die „Technik“ der pränatalen Diagnose verengt, werden gar Verbote erwogen, zielt dies an der eigentlichen Problematik vorbei. Sicherlich verlangt dieses Nebeneinander von Nutzen und Schaden der pränatalen Diagnostik für die Eltern ebenso wie für das ungeborene Leben nach strikten sozialen Kontrollen und der Abwehr von Mißbrauchsmöglichkeiten.

Darüber hinaus bedürfen Eltern in jedem Fall auch, vor der gezielten pränatalen Diagnose, der umfassenden Beratung, die sie eventuell auch befähigen kann, mit einer problematischen Situation fertig zu werden

Der Wunsch von Eltern, ein gesundes Kind auf die Welt zu bringen, ist ethisch nicht zu verurteilen. Ebenso sind deren Überlegungen, in welche Zeit und Situation hinein sie ihre Kinder gebären, nahezu zwangsläufig. Damit treffen Eltern noch keine absoluten Urteile über „Lebenswert oder -unwert“, legen keineswegs starre Grenzen für das ihnen Zumutbare fest. Eltern, die derzeit damit konfrontiert werden, ein behindertes Kind zu bekommen, werden sich aber Gedanken über die Integrationsmöglichkeiten von Behinderten machen, über deren Chancen beispielsweise, eine Arbeitsstelle zu finden bei rezessionsgebeutelten Arbeitgebern, die viel lieber eine ohnehin niedere Abgabe zahlen, als aufwendige Behindertenarbeitsplätze einzurichten; ihnen wird eine gereizte Stimmung in den Sinn kommen, in der man gegenüber unproduktiven „Sozial-schmarotzern“ besonders sensibel reagiert; sie werden an Elterninitiativen denken, die sich gegen integrative Ansätze in Kindergärten und Schulen richten, ganz zu schweigen von Befürchtungen, glatzköpfige Jugendliche könnten an dem behinderten Kind ihren Haß auf sich selbst, das Leben oder was auch immer abreagieren.

Die eigentliche Gefahr liegt in dem Verhältnis der Gesellschaft zu den Behinderten, im letzten aber in den dominierenden Bildern von Lebensglück und Lebenswert. Die Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ fragt unmißverständlich: „Behinderung ist eine Provokation, eine Anfrage an unser Lebensverständnis: Haben wir ein Bild vom Menschen, das über Vitalität, Gesundheit und Erfolg hinausreicht? Können wir unser Leben trotz Schwachheit und Gefährdung als Geschenk betrachten?“

Initiativen wie die „Woche für das Leben“ können auch Anlaß für eine Bilanz sein. Eine Bilanz darüber, wie der ganz selbstverständliche Perfektions- und Leistungszwang, die fraglos vorausgesetzte „Normalität“ dessen, was Lebensglück schenken kann oder nicht, anderen, Behinderten, das Lebensrecht zumindest tendenziell bestreitet. *fo*